

## SALON FÜR BEGEGNUNG

vom Mittwoch 10. März 2021



*It got us to thinking about that much-romanticized, often revived tradition of thinkers from centuries past: the salon.*

Mit den Ehrengästen **Nadja Leuenberger**, sie hat 2017/18 einen KFOR-Einsatz gemacht und war seither in verschiedenen Funktionen und für verschiedene Organisationen unterwegs, zuerst in Süd-Sudan und aktuell ist sie mit UN OCHA in Afghanistan, und **Marjorie Andrey**, sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin beim VBS in der Abteilung Sicherheitspolitik, wo sie am Bericht zur Weiterentwicklung der militärischen Friedensförderung mitgearbeitet hat, diskutierten wir das Thema *Militärische Friedensförderung der Schweiz*.

**Lea Suter:** Das Schweizer Militär ist laut Bundesverfassung zuständig für die Erhaltung des Friedens und zur internationalen Friedensförderung verpflichtet. Zurzeit sind 245 Personen der Armee in 18 verschiedenen Einsätzen aktiv beteiligt.

**Marjorie Andrey:** Ich arbeite seit 2012 beim VBS in der Sicherheitspolitik. Davor war ich bereits im Bereich Friedenspolitik aktiv und während zwei Jahren für die UNO im Westsahara-Gebiet und für ein Jahr an einer KFOR-Mission im Kosovo tätig. Heute Abend werde ich über den Bericht zur Weiterentwicklung der militärischen Friedensförderung sprechen.

Seit 1973 leistet die Schweiz militärische Beiträge zur Stabilität und Sicherheit in Konfliktregionen. Der erste Einsatz für die militärische Friedensförderung war in Korea. Heute engagieren sich rund 250 Soldat\*innen

der Armee für den Frieden. Es gibt Einsätze mit bewaffneten Kontingenten, aber auch unbewaffnete Einsätze von Einzelpersonen, die als Expert\*innen oder Beobachter\*innen zur Stelle sind, was vor allem in UNO-Missionen der Fall ist. Der Umfang der Auslandseinsätze ist seit vielen Jahren konstant, ebenso haben sich die organisatorischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen kaum verändert. In den letzten Jahren hat sich jedoch das Umfeld verändert, in dem solche Einsätze stattfinden. Auch weil sich die Art, wie Konflikte ausgetragen werden, stark verändert hat. Deshalb haben sich die Bedürfnisse und die Anforderungen in der militärischen Friedensförderung gewandelt.

Heutige Konflikte sind komplizierter, mit höheren Risiken verbunden und die Anforderungen an militärische Truppen vor Ort deshalb höher. Vor diesem Hintergrund hat sich die Chefin des VBS 2019 entschieden, einen Bericht erarbeiten zu lassen, in dem geprüft werden soll, wie die Schweiz ihr Engagement in der militärischen Friedensförderung weiterentwickeln kann, bei Bedarf auch unter Anpassungen der heutigen Rahmenbedingungen. Der Bericht ist eine Zusammenarbeit des VBS, des EDA und verschiedenen Expert\*innen. Der Bericht gibt eine Antwort auf die Fähigkeiten, die heute in einem Einsatz gefragt sind, und er enthält eine Analyse der Entwicklung der militärischen Friedensförderung.

Der Bericht bestätigt wichtige Punkte in Bezug auf unser Umfeld, so zum Beispiel, dass geografische Distanz kaum mehr Schutz bietet, denn auch geografisch weit entfernt ausgetragene Konflikte können die Schweiz und deren Sicherheit beeinflussen. Beispiele dafür sind bewaffnete Konflikte in Afrika oder dem Nahen Osten, die den Terrorismus begünstigen oder Waffen- und Drogenhandel sowie unkontrollierte Migration.

Militärische Friedensförderung ist aber auch ein Akt der Solidarität und der eigenen Werte. Die Schweiz ist stolz auf ihre langjährige humanitäre Tradition, daher ist es auch eine Pflicht, die internationale Gemeinschaft zu unterstützen. Die Schweiz kennt zum Teil etwas andere Rahmenbedingungen als andere Länder: dies beispielsweise aus Gründen der Neutralität, der Miliz-Armee und dem freiwilligen Engagement von Auslandseinsätzen.

Der Bericht empfiehlt folgende Punkte:

- Mit der Ausrichtung auf hochwertige Beiträge, steigt der Bedarf an spezialisiertem Personal, das nur knapp vorhanden ist. Es müssten deswegen flexiblere Anstellungsbedingungen für einzelne Funktionen in der militärischen Friedensförderung vorgesehen werden, so beispielsweise für Drohnenpilot\*innen.
- Der Frauenanteil in Auslandseinsätzen in Kontingenten wie EUFOR (Bosnien) und KFOR (Kosovo) ist bereits deutlich höher als in der Armee, wo der Frauenanteil nur 0,9 % beträgt. In der militärischen Friedensförderung ist der Anteil um die 15%. Für Frauen, die freiwilligen Militärdienst leisten, sollten besondere Laufbahnen vorgesehen werden. Die Idee ist, dass eine reguläre militärische Ausbildung zur Offizierin absolviert wird, und diese Frauen anschliessend für Einsätze in der militärischen Friedensförderung zur Verfügung stehen.
- Die Schweiz hat Schwierigkeiten, Personen für bewaffnete Einsätze ins Ausland zu schicken. Damit dies möglich ist, muss das Parlament einem solchen Einsatz erst zustimmen. Der Bericht schlägt vor, dass die Entsendung von Einzelpersonen in bewaffnete Konflikte vereinfacht werden soll. Der Entscheid soll an

den Bundesrat delegiert werden. Die heutige Praxis ist zu schleppend, denn auch Personen, die lediglich zum Selbstschutz bewaffnet in einen Einsatz geschickt werden müssen, sind verpflichtet den Parlamentsentscheid abzuwarten.

- Kontingente sollen in das UNO-Bereitschaftssystem eingebunden werden. Das heisst, dass ein spezifisches Kontingent für UNO-Operationen zur Verfügung stehen und nach entsprechenden Standards zertifiziert werden soll. Das würde die Teilnahme der Schweiz an zukünftigen UNO-Einsätzen erweitern, ohne Verpflichtungen einzugehen.
- Mit dem veränderten Konfliktumfeld sind die Bedürfnisse der UNO und anderen internationalen Organisationen nach Aufklärungsfähigkeit stark gestiegen. Die Schweiz sollte in der militärischen Friedensförderung über luftgestützte Aufklärungs- und Transportmittel wie Drohnen und leistungsfähige Helikopter verfügen können. Diese Leistungen werden stark gebraucht und sind auch sichtbar.
- Im Moment braucht die Schweiz zwingend ein UNO- oder ein OSCE-Mandat, um an einer Mission teilzunehmen. Es muss analysiert werden, ob es möglich wäre, ohne ein solches Mandat mit unbewaffneten militärischen Expert\*innen punktuell das EDA oder regionale Organisationen zu unterstützen. Solche Expertisen braucht es, um mit den in Konflikt stehenden Parteien militärische Massnahmen zu diskutieren.
- Das Militärgesetz der Schweiz ermöglicht es bereits jetzt, dass Angehörige der Armee auch im Ausland ausländische Truppen ausbilden dürfen. Im Sinn der Erweiterung von friedenspolitischen Möglichkeiten muss man abklären, ob im Rahmen des geltenden Rechts auch andere Operationen, zum Beispiel Ausbildungsoperationen der EU, personell unterstützt werden könnten.
- Für die Schweizer Armee gibt es das Verbot an Kampfhandlungen zur Friedenserzwingung teilzunehmen. Dieses Verbot soll beibehalten werden. Schliesslich soll die Beteiligung militärischer Friedensförderung weiterhin auf freiwilliger Basis geschehen.

**Nadja Leuenberger:** 2017 und 2018 war ich mit der KFOR in Mitrovicë im Kosovo. Ich war als Liaison and Monitoring Officer (Abk. MLT) tätig. Meine Arbeit kann man sich etwa so vorstellen: Man lebt in einem Haus in der Stadt, ist zwar uniformiert sowie bewaffnet, aber auch Teil der Bevölkerung und somit ein Bindeglied zwischen Militär und der lokalen Bevölkerung. Die MLTs fungieren als sogenanntes Frühwarnsystem. Wenn sich beispielsweise in der Bevölkerung etwas tut, dann informieren die MLTs das Militär über die Unruhen, so dass das Militär frühzeitig einschreiten kann. Ich hatte vor meinem Einsatz keine militärische Erfahrung, sondern lediglich eine dreimonatige Mini-Rekrutenschule absolviert. Für mich war die Zeit als ich auf Mission war unglaublich wichtig und auch positiv konnotiert. Heute blicke ich jedoch etwas kritischer auf diese Zeit zurück und möchte hier auf ein paar Punkte näher eingehen.

Eines der grössten Probleme ist die Ausbildung, die man in Stans bei SWISSINT bekommt. Die Ausbildung ist von hoher Qualität, aber nicht auf einen konkreten Einsatz angepasst. Man wird darauf vorbereitet, dass man in ein Krisen- bzw. Kriegsgebiet reist und dort Gefahren wie Entführung, active shooting, Minenexplosionen lauern, was dazu führt, dass die Menschen ein falsches Bild des Krisengebietes erhalten. Solche Aussagen sorgen bei einem Teil der Auszubildenden für Angst, bei einem anderen Teil löst es das Gefühl aus, dass man jederzeit parat sein müsse, da ein potentieller Angreifer hinter jeder Ecke vermutet werden müsse. Im heutigen Kosovo zeigt sich aber eine ganz andere Situation. Das Land befindet sich in einem post-conflict setting, das heisst, dass nach wie vor Gefahren existieren, nur geht das höchste Gefahrenpotential von der organisierten Kriminalität aus. Diese nicht situativ angepasste Ausbildung führt dann dazu, dass man auf die eigentlichen Aufgaben nicht entsprechend vorbereitet wird.

Als MLT ist man in ständigem Kontakt mit der lokalen Bevölkerung. Das müsste für die Ausbildung bedeuten, dass man lernt, wie man solche Kontakte aufbaut. Eine weitere Aufgabe besteht darin, Berichte auf Englisch zu schreiben, was für viele MLTs ein Problem

darstellt, da ihr Englisch nicht gut genug ist. MLTs arbeiten mit Übersetzer\*innen. Auch dies müsste ein integrierter Bestandteil der Vorbereitung auf den Einsatz sein, denn das Sprechen mit Menschen durch eine/n Übersetzer\*in will gelernt sein.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Ausbildung in erster Linie auf einen Kriegseinsatz vorbereitet, der dann aber im Fall des Kosovo-Einsatzes 2017/18 gar nicht eintritt. Die von mir kritisierten Punkte werden während der Ausbildung nur am Rande behandelt, bildeten aber im Kosovo die Hauptaufgaben der MLTs vor Ort.

Problematisch finde ich auch, dass ein fehlendes Verständnis für die Rolle der MLTs besteht. Viele Frauen, die heute in den Kosovo reisen, sind Teil eines solchen MLT-Teams. Die Rolle des MLTs birgt vor allem «zivile» Rollen Aspekte in sich. Doch wird dies häufig verwechselt mit «intelligence»-Arbeit. MLTs dürften aber nicht als Spione in einem Krisengebiet auftreten. Im Nachhinein finde ich, dass viele Hintergrund-Informationen, die wir gesammelt haben, und die in unsere damaligen Berichte eingeflossen sind, als unethisch taxiert werden müssten, da die Art der Informationsbeschaffung und deren Weiterverbreitung der Arbeit von Agent\*innen gleichgekommen ist. Dass dies so ablaufen konnte, beruht meiner Meinung nach auf einem falschen Verständnis von der Arbeit als MLT sowie falschen Führungs- bzw. Organisationsstrukturen mit klaren Aufgabenbeteiligung und -eingrenzung.

Ich spreche oft mit meinen Freunden aus der Mission, und wenn ich beispielsweise nach den Vorteilen der KFOR frage, dann lautet die Antwort oft, dass die KFOR vor allem Vorteile für die Schweiz und das Schweizer Militär habe. Ich glaube, dass die EUFOR in Bosnien oder die KFOR im Kosovo hervorragende Trainingslager für das Schweizer Militär bilden. Wenn man dann aber kritisch hinterfragt, worin denn eigentlich die Vorteile für die lokale Bevölkerung bestünden, werden die Argumente dünn.

Blicken wir nun etwas allgemeiner auf die Problematik der militärischen Friedens-

förderung und -sicherung. Ich arbeite heute für die OCHA und bin dort für Sicherheit, access and CMCoord (Civil Military Coordination) zuständig. Ich arbeite vor allem auf «ziviler» Seite und mit militärischen «counterparts» zusammen. Ein grosses Problem bildet die kurze Missionsdauer der Einsätze. Meistens kommen Leute für sechs bis maximal neun Monate in den Auslandseinsatz und reisen dann zurück. Für die zivilen «counterparts» ist es unglaublich schwierig, in solch kurzer Zeit etwas Nachhaltiges aufzubauen, da zuerst eine Basis des gegenseitigen Vertrauens ausgebildet werden muss. Zudem geht durch diese begrenzte Kurzarbeit auch viel Wissen verloren.

Ein weiterer problematischer Punkt ist, dass sich Angehörige des Militärs und Personen, die im zivilen Bereich tätig sind, sprachlich nicht wirklich verstehen. Das liegt unter anderem am unterschiedlichen Fachvokabular aber auch an verschiedenen Grundlagen und Werten. Die Aufgabe eines CIMIC-Officer ist es, die beiden Parteien zu verbinden. Das reale Problem ist aber, dass viele gar keine Ahnung von den Aufgaben eines CIMIC-Zuständigen haben und beispielsweise humanitäre Prinzipien nicht kennen. Das erschwert die Zusammenarbeit.

Es sollte eine enge Koordination und Integration mit zivilen Institutionen stattfinden. Anstatt einen riesigen logistischen Apparat aufzustellen, wie beispielsweise mit der KFOR oder der EUFOR, wäre es viel effizienter, wenn man Spezialist\*innen in eine Institution entsendet würde, die bereits besteht. Das könnte die OECD, die EU oder die UNO sein.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Förderung von Personen, die für einen solchen Einsatz geeignet sind. Das bedeutete, dass man nach Personen sucht, die bereit sind, mehr als eine Mission zu bestreiten. Denn der Ausbildungsaufwand ist gross, und lohnt sich kaum, wenn Personen lediglich einmalig für sechs Monate entsenden werden.

Adi Blum & Lea Suter

Nächstes Treffen: Mittwoch, 14. April 2021, um 19.30 Uhr.

*Am 10. März mit Nadja Leuenberger und Marjorie Andrey waren da: Maria Ackermann, Adi Blum, Kurt Gritsch, Georg Häsler, Markus Heiniger, Hansruedi Hitz, Monika Hüppi, Christine Imholz, Leila Kühni, Margret Lehman, Susanne Morger, Esther Rätz, Peter Sauter, Simi, Lea Suter, Peter Weishaupt, Niccolo Zaccaron und Andrea Zellhuber. Transkription: Stefanie Nydegger. Protokoll: Adi Blum.*